

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk., halbjährlich 30.— Mk., jährlich 60.— Mk. — Abnahme bei Vorbestellung: 10% Rabatt. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abnahme bei Vorbestellung: 10% Rabatt. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 139

Freitag, den 17. Juni 1921

12. Jahrgang

Theorie und Praxis des Wiederaufbaus.

Rathenaus Bericht im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 16. Juni. Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Rathenau legte heute im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates die Grundzüge der Aufgaben dar, die sich an den Wiederaufbau Frankreichs knüpfen. Die erste Frage, die sich aus der Tatsache ergibt, daß Frankreichs Anteil an den Reparationsforderungen der Alliierten nur 52 Prozent beträgt, lautet: Wie ist es möglich, die Reparation, die in drei oder vier Jahren beendet sein soll, so zu verteilen, daß diese gewaltige Masse nicht die Jahresausnahme übersteigt? Die zweite Aufgabe besteht in der im Ultimatum selbst vorgesehenen Erhebung des Index von 26 Prozent durch eine andere Vereinbarung. Diesem und jenseits der Grenze steht sich die Erkenntnis durch, daß dieser Index kein glücklicher Maßstab ist. Zunächst entwertet er die Bons, die in französischem Besitz sind. Fernerhin entwertet er den deutschen Kredit. Eine Gefahr wird auch dadurch entstehen, daß wechselnde deutsche Regierungen diesem neuartigen und kaum zu überschauenden Problem gegenüber wechselnde Stellung einnehmen, entweder trotz des Index die Ausfuhrpolitik fördern oder wegen des Index versuchen, Deutschland auf einen wirtschaftlichen Fuß zu stellen. Mit der Frage des Index hängt eng zusammen das Problem der Goldleistung oder, da das effektive Gold ja nicht vorhanden ist, Devisenleistungen in diesem gewaltigen Ausmaß. Es ist möglich und nötig, dafür zu sorgen, daß das uns gegenwärtig obliegende hastige Devisenkaufen aufhört. Auch wenn diese Devisenmenge aufgebracht werden könnte, wird die Folge eine vollständige Zerrüttung des internationalen Geldmarktes sein. Ueber diese Fragenkomplex werden also Verständigungen getroffen werden müssen. Die Preisfrage bei den Sachleistungen wird eine große, vielleicht die größte Rolle spielen. Es ist fast unmöglich, durch Anwendung von Gegenofferten den direkten Preis zu finden. Es muß also ein Maßstab gefunden werden, der Preisfestsetzungen in gerechter Weise ermöglicht und gewährleistet, daß die französische Industrie sich nicht beschweren kann, daß Deutschlands Leistungen erheblich teurer sind, als sie in Frankreich sein würden. Neben der Preisfrage steht die Finanzierungsfrage. Man kann nicht erwarten, daß Frankreich in einem Jahre gänzlich auf Devisenempfang verzichtet oder ins Debet kommt, falls ohne vorherige Vereinbarung mehr geliefert wird, als in dem betreffenden Jahre Zahlungsansprüche gestellt werden. Die Arbeitsleistungen werden verhältnismäßig zurücktreten. Es wird kaum möglich sein, hunderttausende Arbeiter nach Frankreich zu entsenden. Von den Arbeiten, die hauptsächlich für deutsche Arbeiter in Betracht kämen, ist viel bereits geschehen. Bei dem Wiederaufbau wird hauptsächlich Einzelarbeit großen Umfangs zu leisten sein, bei der es schwierig sein wird, tausende von deutschen Arbeitern in französischen Städten unterzubringen. Werks besteht der Wunsch, die Absichten der Gewerkschaften so weit wie möglich zu verwirklichen. Bevor hier aber volle Klarheit über die Grundsätze herrscht, ist nicht zu erwarten, daß große Arbeitermassen nach Frankreich geschickt werden. Bezüglich der Beratungen in Wiesbaden hob der Minister hervor, daß die öffentliche Meinung in Frankreich und einem Teile des übrigen Auslandes jetzt noch geteilt sei. Eine Reihe von Blättern, von wirtschaftlichen und politischen Kreisen hält den Weg des Diktats, des politischen Drucks, immer noch für den richtigen. Es war deshalb eine entscheidende und staatsmännische Tat des französischen Ministers der besetzten Gebiete, daß er sich entschloß, nach Wiesbaden zu gehen und persönlich Verhandlungen zu führen, eine Tat, die in Frankreich nicht widerspruchsfrei geblieben ist. Der Minister erklärte, daß er aus diesem Grunde dem französischen Minister in jeder Beziehung den Vortritt der Öffentlichkeit gegenüber gelassen habe. Bei den Verhandlungen sind auf beiden Seiten mit voller Regelmäßigkeit die Schwierigkeiten anerkannt worden, die auf Seiten der Gegenpartei bestanden. Die Verhandlungen beschäftigten sich an beiden Tagen mit dem fließenden generellen Problem. Der Minister betonte, er habe die volle Objektivität empfunden, mit der Herr Doucœur die Interessen seines Landes vertrat. Was die deutsche Seite des Problems anlangt, so wird es sich um die Schaffung eines Organismus handeln, der in großem Umfang in der Lage ist, Aufträge von Frankreich entgegenzunehmen und sie der Bearbeitung auf deutscher Seite zuzuführen. Ferner wird in Deutschland eine Organisation geschaffen werden müssen, die den berechtigten Ansprüchen genügt, die einerseits von den verschiedenen Landesstellen auf Mitbeteiligung, andererseits von den ver-

schiedenen Berufsständen gestellt werden. Bezüglich der Form der Organisation bemerkt der Minister, daß er weder eine Dumas (Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt) noch eine Zeg (Zentral-Einkaufsgesellschaft) haben wolle. Der Minister betonte schließlich, daß die Aufgabe des Wiederaufbaus noch nicht gelöst sei. Man könne nicht einseitig Frankreich aufbauen, ohne daß Frankreich es wolle und daß es den ihm gemachten Vorschlägen zustimme. Er hoffte aber, daß diese Begegnung, die die erste im engsten Kreise zwischen verantwortlichen Staatsleuten, beider Länder seit Beginn des Krieges gewesen ist, zur Fortsetzung der Beziehungen und zur Auffindung einer Lösung führen wird. Gestingt das und können die Lasten des Ultimatus für Deutschland einigermaßen dadurch tragbar gemacht werden, daß sie in Sach- und Arbeitsleistung verwandelt werden, so liegt nicht mehr allein eine Wirtschaftsaufgabe der Konfunktionalwirtschaft, der Geschäftswirtschaft vor, sondern zum ersten Male eine Aufgabe einer großen nationalen Wirtschaft.

Die Säuberung des ober-schlesischen Aufstandesgebietes.

Oppeln, 16. Juni. Englische Truppen sind in Ratibor, Klein-Altshammer, Ferdinandsdorf, Salefsche, Boppitz, Güttenberg und Kostelitz eingetroffen, ebenfalls französische Truppen in Klein-Altshammer und Kostelitz. Außerdem ist Jakobswalde von Franzosen, Lubpm und Renja von Italienern besetzt.

London, 16. Juni. Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ in Oberschlesien meldet, daß zwischen Frankreich und Polen ein bisher noch nicht ratifizierter Vertrag besteht, in dem Frankreich Polen seine Unterstützung in Oberschlesien zusagt. Bei einem künftigen Kriege Polens, der kein Angriffskrieg sei, würde Frankreich Polen seine aktive militärische Unterstützung geben. Der einzige Krieg, der ernstlich in Betracht käme, sei ein Krieg gegen Deutschland. Wie der Berichterstatter meldet, macht sich in Polen eine starke Bewegung zugunsten eines besseren Einvernehmens mit Deutschland auf rein wirtschaftlicher Grundlage bemerkbar.

Berlin, 17. Juni. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, wird der neue Minister des Auswärtigen Dr. Rosen bei Beantwortung der Interpellation über Oberschlesien, die am Sonntagabend auf der Tagesordnung des Reichstages steht, und bei Beantwortung der Anfrage zur Aufhebung der Sanktionen, die am Montag im Reichstag verhandelt werden soll, sich über wichtige außenpolitische Fragen äußern.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Breslau scheint eine Einigung zwischen dem 12er Ausschuss der deutschen Parteien in Oberschlesien und der internationalen Kommission gesichert zu sein. Die Engländer sind in Jelenzo, einer Vorstadt von Katowitz, eingetroffen. Durch das Vordringen der Engländer ist auch die Gegend von Lublitz befreit worden.

Einer Meldung des „Kotlan.“ aus Oppeln zufolge hat sich eine Abordnung des 12er Ausschusses nach Berlin begeben, um ein Einvernehmen mit der Reichsregierung herzustellen.

Wie der „Kotlan.“ aus Oppeln meldet, wurde der englische Chef der Abstimmungspolizei, Major Keatinge, auf einer Fahrt in das angeblich von den Polen geräumte Gebiet von Insurgenten angehalten und erst nach langem Parlamentieren wieder freigelassen. Auf der Rückfahrt hatte er einen zweiten Zusammenstoß mit den Insurgenten. Major Keatinge hat den Vorfall sofort dem englischen Hauptquartier und General De Rond gemeldet und hinzugefügt, daß englischerseits festgestellt worden sei, daß die durch Dekret De Ronds errichteten Gemeindevorstände aus polnischen Insurgenten bestehen.

Die englischen Bergarbeiter lehnen die Einigungs-vorschläge der Grubenbesitzer ab.

London, 16. Juni. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnissen der Bergarbeiterabstimmung sind für die Annahme der Bedingungen der Arbeitgeber 61 747 und dagegen 156 638 Stimmen abgegeben worden.

Gefangeneneinfahrt aus Südrussland.

Berlin, 16. Juni. Der Dampfer „Wigbert“, der als erster Dampfer zur Abholung der in Ostkasien, d. i. Terek-Don-Rubangebiet, befindlichen Gefangenen nach Noworossisk geschifft war, ist am 13. Juni mit 1489 Heimkehrenden aller Nationalitäten, darunter 183 Reichsdeutschen, in Triest eingetroffen. Die reichsdeutschen Heimkehrenden werden dem Lager Lechfeld in Bayern zwecks Entlassung in die Heimat zugeführt. Der Dampfer „Wigbert“ kehrt nach Noworossisk zurück, um weitere Heimkehrende abzuholen.

Sozialismus und Wirtschaftsführer.

Von Dr. Max Sachs.
II.

Was aber für eine sozialistische Gesellschaft gilt, das gilt natürlich erst für einzelne sozialisierte Betriebe in der kapitalistischen Gesellschaft oder in der Zeit des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Hier kann erst recht nicht erwartet werden, daß eine genügende Anzahl von Führerpersönlichkeiten zu finden ist, die aus Idealismus für geringe Bezahlung das gleiche leisten, wie Leute in ähnlichen Stellungen in privatkapitalistischen Betrieben. Die Kapitalisten bezahlen die Männer, die sie an führende Posten stellen, sicher nicht ihrer schönen Augen wegen so glänzend wie das üblich ist, sondern weil in einer großen Unternehmung von der Tüchtigkeit der leitenden Person sehr viel abhängt, und die Zahl derjenigen, bei denen man mit einiger Sicherheit die nötigen Fähigkeiten zur Leitung eines großen Betriebes voraussetzen kann, nur gering ist. Dazu kommt, daß es bei unseren modernen Großunternehmungen kaum darauf ankommt, ob für Direktorengelöhner 100 000 Mark mehr oder weniger ausgegeben werden, während ein untüchtiger Mann in leitender Stellung sein Unternehmen leicht um Millionen schädigen kann.

Wollen wir, daß sozialisierte Betriebe den privatkapitalistischen Betrieben ebenbürtig werden, so müssen wir auch ähnliche Mittel wie das Privatkapital anwenden, um geeignete Persönlichkeiten für die Leitung dieser Betriebe zu bekommen. Man muß den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen schlagen. Die leitenden Männer in Staats- und Gemeindebetrieben bekommen heute zuweilen Gehälter, die weit unter dem stehen, was in Privatbetrieben für Leute in gleicher Stellung gezahlt wird. Die Gehälter der Vorstandsmitglieder unserer Konsumvereine sind oft bei sehr großen Vereinen sehr gering. Daß die von Beamten verwalteten Staats- und Gemeindebetriebe sehr oft Privatbetrieben gegenüber rückständig sind, ist nur allzu gut bekannt, und das hat sicher auch darin seinen Grund, daß infolge der verhältnismäßig geringen Gehälter nicht eine so scharfe Auswahl der leitenden Persönlichkeiten stattfinden kann wie bei privaten Betrieben. Man oft kommt es ja vor, daß gerade die tüchtigsten Beamten dem Staat von der Privatindustrie wegengagiert werden. Auch unsere Konsumvereine leisten vielfach nicht das, was sie bei der Größe ihrer Mittel und der Zahl ihrer Mitglieder leisten könnten. Was sicher zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß hervorragende Kräfte für die Leitung dieser Organisationen bei den niedrigen Gehältern, die heute gezahlt werden, nicht in genügender Zahl gewonnen werden können.

In neuerer Zeit hat man immer mehr eingesehen, wie sehr es für sozialisierte Betriebe darauf ankommt, daß man den leitenden Persönlichkeiten eine ähnliche Stellung einräumt wie in Privatbetrieben. Es braucht hier nur an die Deutschen Werke A.-G. erinnert werden, die von vornherein als eine A.-G. aufgezogen sind und sich von einer privaten Aktiengesellschaft nur dadurch unterscheiden, daß ihre Aktien im Besitz des Reichs bleiben. Und bei den Vorschlägen zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist gefordert worden, daß die leitenden Persönlichkeiten auch mit ihrem Einkommen an dem Erfolg ihrer Tätigkeit interessiert sein sollen. Von den Feinden des Sozialismus wird es heute immer noch so dargestellt, als ob Sozialisierung mit Bureaukratisierung identisch sei. Jeder Mißerfolg eines Staats- oder Gemeindebetriebes wird der Welt als ein Beweis für das Versagen des Sozialismus angepriesen. Um so mehr müssen wir Sozialisten darauf dringen, daß in sozialistischen Betrieben die bisherigen Fehler des Staats- und Gemeindebetriebes vermieden werden.

In der Aktiengesellschaft und der G. m. b. H. sind Unternehmungsformen gegeben, die ohne weiteres auch für Betriebe angewendet werden können, die im Besitz der Allgemeinheit sind. Es ist nicht einzusehen, warum eine Aktiengesellschaft schlechter arbeiten soll, weil die Aktien nicht Privaten, sondern dem Staate oder anderen öffentlichen Körperschaften gehören. Dabei ist es freilich notwendig, daß man den leitenden Persönlichkeiten daselbst das Maß von Freiheit gibt, wie den Leitern privater Betriebe, daß mindestens ebenso hohe Einkommen und daß möglichst außer den festen Gehältern ein Anteil am Reingewinn oder eine Erfolgsprovision gewährt werden.

Die gleichen Grundsätze müßten bei unseren genossenschaftlichen Unternehmungen zur Geltung gebracht werden. Allerdings leisten die Arbeiter häufig lebhaften Widerstand, wenn Personen, über deren Einkommen sie selbst mitbestimmen haben, ein wesentlich höheres Einkommen erhalten sollen als sie selbst. Deshalb ist es bringen notwendig, daß die Arbeitererschaft mehr als bisher darüber aufgeklärt wird, welche Bedeutung die Tüchtigkeit der führenden Persönlichkeiten für den Erfolg eines wirtschaftlichen Unternehmens hat, daß durch die Erparnis von ein paar tausend Mark

(Fortsetzung folgt.)

Beurlaubungen auf der Danziger Werft wegen Arbeitsmangel.

Der „Arbeiterzeitung“ kam diese Angelegenheit ansehnend wieder besonders günstig, so daß sie gestern unter zweifelspaltiger Überschrift sofort von „Aussperrungen auf der Danziger Werft“ berichtete und ihre Rottg mit dem üblichen Kampfrufen schloß.

Das Abkommen selbst soll bis zum 21. Juni ratifiziert werden.

Durch den stellvertretenden Präsidenten des Senats, Dr. Ziehm, wurde gestern vormittag ein neuer Führer der Schutzpolizei, Major v. Benckebrock, auf dem Kaiserenhof der Schutzpolizei in sein Amt eingeführt. Wie weiter dazu mitgeteilt wird, war u. a. S. längere Zeit beim Generalkommando des 17. A. A. als Generalstabsoffizier. Seit August 1919 trat er als Organisationsoffizier zur Sicherheitspolizei über und fand zunächst als Major vom Aufendienst bei der Elpo Massau Verwendung. Am 25. November 1920 wurde er mit der Führung der Elpo in Frankfurt a. M. beauftragt, dort war er bis zu seiner Berufung nach Danzig als Kommandant tätig. Nicht fernsehmet den reaktionären Kurs des deutschnationalen Senats deutlich, als daß er weit in die Ferne schwenken mußte, um einen ihm genehnten Führer der Schutzpolizei zu finden, nachdem er verdienstvolle, bewährte Kräfte aus Danzig wegen ihrer nicht passenden Parteianfäuhung gemachregelt hatte.

Die Unmöglichkeit, nach dem Zusammenbruch im November 1918 die aus dem Felde heimkehrenden gewaltigen Kriegsgescharen in der darniederliegenden Volkswirtschaft unterzubringen, ließ damals auch den sozialistischen Volksbeauftragten das Siedlungsproblem in einem ganz neuen Lichte erscheinen. Sie sahen sich daher genötigt, alsbald eine von Professor Seering ausgearbeitete Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Siedlungslands am 20. Januar 1919 zu erlassen, die durch das Reichs-Siedlungsgesetz vom 11. August 1919 nur unwesentliche Änderungen und Ergänzungen erfahren hat. Daß es gerade Sozialdemokraten waren, welche der Not gehorchend den Siedlungsgedanken neu belebten, hat in weiten Parteikreisen zu der Ansicht geführt, daß hier wieder alle Gründe für Preisgegebenen wurden, und auf der anderen Seite, wiederum besonders bei Parteigenossen, Hoffnungen auf Landbesitz erweckt, die sich auch in Jahrzehnten nicht erfüllen werden. Es erscheint daher angebracht, einmal zu untersuchen, ob die Sozialdemokratie Ursache hat, von ihrer früheren Stellungnahme in der Ansiedlungsfrage abzuweichen und sich prinzipiell auf einen neuen Standpunkt zu stellen, der dann allerdings eine bedeutliche Annäherung an demokratisch-bürgerliche Auffassungen bedeuten würde. Bevor wir dieses näher beleuchten, sei festgehalten, daß es heute in der Volkswirtschaft zu einer geregelten Lebensmittellieferung und in Anbetracht der noch immer und voraussichtlich für längere Jahre andauernden Ernährungsschwierigkeiten unbedingt erforderlich ist, jedem einzelnen Haushalt die Möglichkeit zu verschaffen, seinen Lebensunterhalt zum größten Teil aus eigener Produktion decken zu können. In dem Streben hiernach ist der starke Landhunger begründet, es wird keine Regierung, wie auch immer sie zusammengeleitet sein möge, an diesem Problem in den nächsten Jahren vorbeigehen können. Das bringt dann aber auch dazu, die

Großer Werber. Die Sommerferien für die landlichen Schulen des Arrisses sind wie folgt festgesetzt: Schuljahr Commend, den 28. Juli, mittags. Schulbeginn Dillwood, den 24. August.

In den sozialdemokratischen Richtlinien zur Agrarpolitik, welche auf dem Kasseler Parteitag angenommen wurden, heißt es hierzu unter Punkt 2: Die Vorräte des Landes, Mittel- und Großbetriebs in der Landwirtschaft sind unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas, der Möglichkeiten von Wasserbehandlung und Pflanzenerzeugung zu beurteilen. Damit ist eine grundsätzliche und feste Stellungnahme in dieser Frage vernommen und das ist beäunlich. Denn selbst wenn man glaubt, daß unter gewissen Umständen eine Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben nicht zu umgehen und zweckmäßig sein wird, muß doch immer wieder betont werden, daß auch in der Landwirtschaft derjenige Betrieb am meisten leistet, der in der Lage ist, sich alle technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften der Zeit nutzbar zu machen. Und das ist eben der Großbetrieb. Auch lehren zahlreiche Untersuchungen aus den Jahren der Kriegswirtschaft, daß die Großbetriebe es bewiesen haben, welche die Ernährung der Bevölkerung und industriellen Bevölkerung am besten sichern. Dieses Bild bleibt unanändert bestehen, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß, die Kleinbetriebe wesentlich mehr Ertragsleistung auf den Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche erreichen haben, als die Großbetriebe. Es kommt hinzu, daß die Einstellung des Landbesitzes und die Erhaltung zahlreicher Kleinbauernlicher Familienerträge schon allein deshalb nicht das Ziel sozialistischer

Diebstahl und Bierhinterziehung. In einer hiesigen Brauerei wurden einige Zeit hindurch Äpfeln mit Bier heimlich befeuert geschickt und in den Verkehr gebracht, ohne daß die Biersteuer bezahlt wurde. In die Gasse waren der Kusscher, ein Bierfahrer und der Fuhrer verwickelt. Sie hatten sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Kusscher und der Bierfahrer wählten dabei zusammen. Der Fuhrer ließ den Bierwagen ohne Kontrolle heraus, weil der Kusscher dabei war. Er war also nur zu vertrauensvoll und wurde deshalb auch freigesprochen. Die andern beiden Angeklagten aber haben im ganzen 80 Äpfeln Bier aus dem Tor herausgeschickt und für sich verwandt. Sie waren geständig. Das Gericht nahm an, daß sie auch wußten, daß auf diese Weise die Biersteuer hinterzogen wurde. Wegen Diebstahls und Steuerhinterziehung wurde der Kusscher zu 3 Monaten Gefängnis und 144 M. Geldstrafe, der Bierfahrer zu 8 Wochen Gefängnis und 144 M. Geldstrafe verurtheilt.

Verrein Arbeiter-Jugend Ohra.
 Sonntagabend, den 18. Juni Teilnahme an der Sonnen-
 wandfeier der Dantsiger Ortsgruppe am Quellberg.
 Die Ohraer Mitglieder verammelten sich abends 7 1/2 Uhr
 auf dem Marktplatz. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
 Die Eltern und Freunde sind herzlich eingeladen.

Polnische Mark: (Ausgl. 4,90)	5,-	am Bortage	5,20—30
Dollar:	69	"	68½—89
Engl. Pfund:	"	"	262—63
Franz. Franken:	5,50	"	5,50
Schweiz. Franken:	11,65	"	"

	gestern	heute	gestern	heute	
Zawitsh	0,80	0,80	0,04	0,08	
Wetshan	0,90	0,90	0,04	0,01	
Ploa	0,59	0,57	2,28	2,24	
Thorn	0,39	0,32	2,48	2,48	
Norden	0,18	0,17	6,58	6,46	
Calin	0,12	0,11	Galgenberg D. P.	4,30	—
Grauberg	0,25	0,24	Neuhorsterbusch	2,08	2,04
Kurzebrack	0,70	—	W.	—	—
Wittenauerheide	0,18	0,15	Einwärts	—	—

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolge, für den
Danziger Nachrichten- und die Unterhaltungsbeilage Fritz
Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert
in Olina. Druck und Verlag von J. Wehl u. Co., Danzig.

Aggrate ist sein kann, weil sich in diesen Familienwirtschaften alle Leute von morgens früh bis abends spät abrackern müssen, um einen unzulänglichen Lebensunterhalt zu finden. Fragen wir nun, welche Stellung darauf die Sozialdemokratie einnehmen muß, so lautet die Antwort, daß wir einmal die sofortige Lebensum- und der Leb- und Arbeitslagen zu fordern haben, und das in zum andern die Lebensführung des Grund und Bodens in Einklang anstreben müssen um seine zweckmäßigste Ausnutzung im Interesse der Volksernährung zu gewährleisten. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß damit nicht allein die Schaffung von Großbetrieben angestrebt werden kann, weil die dringlichen Verhältnisse in diesen Fällen, namentlich bei den zu kultivierenden Wäldern, nicht immer eine rationelle Großlandwirtschaft zulassen werden. Es dürfte daher oft auch die Zergliederung dieser Wälder in staatliche Kleinpächter in Betracht kommen, was in G. am besten einer sozialistischen Siedlungspolitik entsprechen würde. Denn daran muß vor allem festgehalten werden, daß es unter keinen Umständen Aufgabe der Sozialdemokratie sein kann, durch Zergliederung von Großbetrieben in Eigenbesitz den Privateigentumsindividualismus der landlichen Bevölkerung zu verstärken oder erneut großzugestehen. Und wenn wir das Reichsbedingungs-gesetz unter diesen Gesichtspunkt betrachten, so muß gesagt werden, daß darin wenigstens nicht mit der Schaffung neuer Güterstellen vorgeesehen ist. Demis hat das Eintreten unserer Partigruppen für das Siedlungsgesetz manche unklare Auffassung und Verwirrung gezeitigt und in weiten Bevölkerungsschichten nichtsozialistische Bestrebungen und Wünsche geweckt. Um so mehr ist es daher Pflicht unserer Partigruppen, diese wieder auf das richtige Maß zurückzuführen und die wichtigsten Ziele sozialdemokratischer Siedlungspolitik hervorzuheben.

